



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**


**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-γ-: Politische Bildung und Nationalbewußtsein

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Politische Bildung und Nationalbewußtsein


 ind wir eine Nation? fragte ein Artikel der Grenzboten während der Reichstagswahlbewegung des vorigen Jahres, und er kam zu dem Ergebnis, daß die letzten vier Jahrzehnte voll Arbeit und Erfolge nicht ausgereicht haben, die Deutschen des Reiches zu Reichsbürgern im vollen Sinne des Wortes zu machen. Die Hauptursache dafür fand der Artikel im Partikularismus verschiedener Art. Zunächst bei den regierenden Kreisen, die sich in allen notwendigen, aber in der Verfassung nicht ausdrücklich vorgesehenen gemeinsamen Einrichtungen vom Gedanken der ungeschmälerten einzelstaatlichen Selbständigkeit, nicht vom Interesse der Gesamtheit des deutschen Volks, für dessen Wohlfahrt das Reich gegründet worden ist, beherrschen lassen und dabei die Unterstützung der Landesvertretungen, selbst der liberalen Parteien finden. Praktisch steht die Mehrzahl der Deutschen noch immer auf dem alten halbpartikularistischen Boden, auf dem die notwendige Fortbildung der Reichsverfassung, wenn sie nicht hinter den lebendigen Bedürfnissen zurückbleiben soll, wie einst die Verfassung des unseligen Deutschen Bundes, unmöglich ist. Dazu kommt der Partikularismus der Parteien, die sich untereinander mit einer Erbitterung bekämpfen, wie einst Städte und Adel im spätern Mittelalter miteinander kämpften. Unter solchen Umständen ist in der Regel der Reichstag geradezu ein Hohn auf seine nationale Bestimmung. „Er ist eben der Ausdruck der ziffermäßigen Mehrheit des deutschen Volks, wie sie durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum getreuen Ausdruck kommt, sodaß sich die ganze traurige politische Unreife des deutschen Volks darin spiegelt.“ Der Artikel schloß im Hinblick auf den noch unentschiednen Wahlausfall: „Der Ausgang des Kampfes wird die Antwort geben auf die Frage, von der wir ausgegangen sind.“ Die Antwort hat überraschend günstig gelautet, sie ging dahin, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volks doch vom Gefühl der nationalen Einheit durchdrungen ist, daß sie insbesondre nicht duldet, daß mit Kaiser, Armee, Flotte und Kolonien, in denen die neue nationale Einheit jedermann greifbar vor Augen tritt, ein eitles Parteienspiel getrieben wird.

Die Grundlage, auf der sich eine Nation bildet, ist demnach wohl vorhanden, und wenn das Nationalgefühl in Deutschland nicht immer und bei jeder Gelegenheit so sicher und selbstverständlich zum Durchbruch gelangt wie in England und Frankreich, so liegt es eben daran, daß wir erst seit vier Jahrzehnten den staatlichen Rahmen für unsre Nation gefunden haben. Das heutige englische und französische Nationalgefühl ist auch nicht in einigen Jahren entstanden, sondern hat zu seiner Entwicklung Jahrhunderte gemeinsamer Schicksale und Erfahrungen gebraucht.

Aber wie dem auch sein mag, in bezug auf den Stand unsers Nationalgefühls sind wir noch nicht weit über jene Höhe hinausgekommen, von der, in etwas anderm Sinne, Uhland vor neunzig Jahren sang: „Untröstlich ist's noch allerwärts; doch sah ich manches Auge flammen, und klopfen hört ich manches Herz.“ Die lebende Generation braucht nun nicht mehr wie ihre Großväter zu träumen von Kaiser und Reich, sie hat das, was ihren Vätern als wiedererstandne Herrlichkeit galt, vor Augen, seitdem sie sehen und verstehen gelernt hat; sie braucht nicht mehr Engländer und Franzosen um das Recht zu beneiden, über alles mitzureden und zu schreiben, denn sie hat aus den Taten der Väter selbst erfahren, was Reden wert sind und was Taten. Früher mochte sich der staatslose Deutsche mit besondrer Vorliebe in die idealisierte Herrlichkeit von Hellas und Rom zurückträumen, um die traurige, inhaltlose Gegenwart zu vergessen, heute ist in der Kaiserkrone der politische Einfluß des deutschen Volks auf die Händel der Nationen, ist unsre materielle Existenz und unser nationales Bewußtsein sichergestellt. Die höchste Blüte der Kultur eines großen Reichs wurzelt im Nationalgefühl, in dem Bewußtsein, ein Glied in der großen Kette zu sein, die die Angehörigen eines Kulturstaats zu gegenseitiger Mithilfe verbindet. So haben wir auch wieder ein Nationalbewußtsein, und hält man sich an das Geräusch, das gelegentlich davon gemacht wird, so könnte man es sogar für sehr stark halten. Leider ist das aber noch nicht der Fall, der aufmerksame Beobachter erkennt leicht, daß es doch nur bei einzelnen Gelegenheiten zum Durchbruch kommt, für gewöhnlich aber mehr als ein äußerlicher glänzender Schmuck, der uns ergötzt, als wie ein dauernder, innerlicher Besitz erscheint. Aus dem Reich will ja niemand wieder hinaus, selbst die Sozialdemokraten nicht, denn alle empfinden, daß ihnen der größere politische Bereich einen weitem Spielraum gewährt; auch die eingefleischtesten Partikularisten lassen sich den Schutz des deutschen Einheitsreichs recht gern gefallen, um so mehr, da es sie nicht in ihrer Gewohnheit hindert, auf Preußen zu schimpfen und ihm für alles, was sie mit Unbehagen erfüllt, die Schuld beizumessen. Das ist bequem, fordert wenig Nachdenken und fällt nicht auf in einer Zeit, in der nur von Rechten, aber fast niemals von Pflichten die Rede ist. Immer soll der andre schuld sein.

Es leuchtet ein, daß derartige politische Stimmungen und Zustände einer Vertiefung des Nationalbewußtseins nicht günstig sind. Dazu kommt noch,

daß ein gewisser Partikularismus historisch berechtigt ist. Jede deutsche Dynastie hat sich zuzeiten wirkliche Verdienste um ihr Land erworben, und in allen jetzigen Bundesstaaten hätte die dynastische, nicht nationale, Politik begriffen, daß der Glanz des Fürstenhauses am sichersten durch das Wohl des Landes gefördert werde. Seit den Greueln des Dreißigjährigen Krieges, nach denen meist mit redlicher Arbeit die einzelnen deutschen Fürsten ihre verarmten, gebrochnen und verwilderten Untertanen wieder aufrichteten, erzogen und an ein sehr unterwürfiges aber geordnetes Staatsleben gewöhnten, hatten sich die besten politischen Kräfte unsers Volkes in den Einzelstaaten entfaltet, das machtlose Reich tat nichts. Den Fürstenhäusern gebührt Lob und Tadel für alles, was zwei Jahrhunderte hindurch in Deutschland geschah. Wohl waren es nur Notstaaten, ohne Macht und mit beschränkten politischen Horizont, aber sie handelten doch nach ihren schwachen Kräften für wirtschaftliche und politische Zwecke, während das nur noch dem Namen nach bestehende Reich immer mehr versank. Obgleich die Erinnerung an die frühere Größe des Reichs niemals ganz verschwand und mit der Neubelebung des Volkstums von neuem rege wurde, blieb doch der Eindruck der Wohltaten der neuern Zeit mächtiger. Es bedurfte der einigenden Gewalt der großen deutschen Literaturperiode, einer tiefen Erniedrigung der gesamten Nation unter das napoleonische Joch und der treuen Arbeit weitblickender Männer, um den Reichsgedanken überhaupt wieder zu einer wirksamen Triebkraft im Bewußtsein des Volks zu erheben. Daneben blieb aber das Dankgefühl für die langjährige Fürsorge der Fürstenhäuser bestehn, die übrigens, wenn sie auch nicht nach den Umwandlungen von 1803 und 1806 sowie den Beschlüssen des Wiener Kongresses für alle ihre Untertanen als „angestammt“ gelten konnten, wenigstens nicht landfremd waren wie die meisten Kleinfürsten Italiens. Auch die aus Frankreich zu verschiedenen Zeiten herüberschlagenden republikanischen Wellen haben daran nichts geändert, sogar die Begründung des Deutschen Reiches nur wenig, weil sich die deutschen Reichsfürsten in klarer Erkennung der Weltlage, die den Mittel- und Kleinstaaten keine Bedeutung mehr zuerkennt, mit nicht auf allen Seiten erwarteter Entschiedenheit und Treue auf den Boden des Reichs gestellt haben. Der Bürger der Einzelstaaten vermag darum in der Regel keine Beeinträchtigung der Reichsidee darin zu erkennen, daß er in allem und jedem hinter seinen Landesfürsten und den Sonderinteressen seines Landes steht.

Soweit ist der Partikularismus berechtigt und gewissermaßen auch durch die Reichsverfassung sanktioniert. Daß er einen Vorteil gegenüber den in jeder staatlichen Beziehung einheitlich gestalteten Reichen bedeuere, soll damit keineswegs gesagt werden. Wir müssen aber damit auszukommen suchen, und es ist bisher auch gegangen. So stark ist dieser Partikularismus nicht, daß er bei der heutigen Weltlage das Reich wieder auseinanderreiben könnte. Leider ist ein großer Teil unsrer besten politischen Kräfte in den Reichen des

Beamtentums der Einzelstaaten enthalten und darum durch Pflicht, Gewohnheit oder aus noch andern Gründen für partikularistische Interessen mehr eingenommen als für die des Reichs. Weniger aus der Haltung der Fürstenthümer als aus dieser Neigung ergeben sich die Schwierigkeiten, die sich einer engeren Zusammenfassung zugunsten des Reichs entgegenstellen, wie zum Beispiel in den Eisenbahnfragen. Dafür muß man für die Zukunft vom Zwang der Notwendigkeit das Beste erhoffen. Auch alle wichtigen Reformen des Zollvereins sind einst aufgedrungne Wohltaten gewesen, die die Kleinstaaten, schreiend, doch zu ihrem eignen Besten, nachträglich gutheißen mußten. Aber die oben kurz geschilderte Zeit der ausschließlichen Tätigkeit der Einzelfürsten hat dem deutschen Volke noch eine andre Eigenschaft anezogen: nichts selbst zu tun, sondern alles von der Regierung zu erwarten. Wenn in der Regel behauptet wird, die Ursache dieser Gleichgiltigkeit dem Staatsleben gegenüber beruhe auf der vieljährigen politischen Entmündigung des deutschen Volks, so kann das kaum als voll zutreffend angesehen werden. Wäre das richtig, so hätte sich doch nach der Mündigsprechung der Staatsbürger durch das Verfassungsleben eine große politische Regsamkeit entwickeln müssen. Das war aber weder im Süden noch später im Norden der Fall. Die neuen Verfassungen trafen überall wohl auf eine nach französischem Muster vorbereitete Opposition, aber nirgends auf besondere Neigung zur Mitarbeit und auf politisches Verantwortlichkeitsgefühl. In den weitesten Kreisen überwog weiter das Vertrauen auf die Regierung und die Gleichgiltigkeit gegen die Vertretungskörper. Bismarck hat sich mehrfach darüber geäußert und die oft geringe Teilnahme an den Wahlen darauf zurückgeführt. Unstreitig erklärt sich daraus noch heute die Erscheinung, daß nach Reichstagsauflösungen, wenn also der Kaiser und die Bundesfürsten einen besondern Ruf an die Bevölkerung ergehen lassen, immer eine größere Anzahl sonstiger Nichtwähler an der Wahlurne erscheint.

Solche politische Lauheit ist unerfreulich und der innern Entwicklung des Vaterlands nicht günstig. Die politische Vertrauensseligkeit des durchschnittlichen deutschen Bürgers geht so weit, daß er sich um Recht, Staatsordnung und Verfassung gar nicht kümmert, darum bei der einfachsten bürgerlichen Rechtsfrage zum Advokaten laufen muß, im Mutterlande der allgemeinen Wehrpflicht von der Zusammensetzung der Armee blutwenig weiß und die Reichsverfassung überhaupt nicht kennt. Er ist überzeugt, daß die Fürsten und Bismarck das alles ganz gut gemacht haben, es geht ja auch alles ruhig weiter, und deshalb kümmert er sich nicht darum. Geradezu unbekannt ist die Reichsverfassung, selbst die Mehrzahl der Studierten hat sie nie gelesen. Höchstens hat man sich nach der Zeitungslektüre irgendein Phantasiebild davon zurechtgemacht, worin inländische und ausländische Bestimmungen und Einrichtungen bunt durcheinanderlaufen, und das übrige aus Lücken besteht. Nach den verschiedenen Reichstagsauflösungen, wobei überhaupt Verfassungsfragen

in Bürgerkreisen besprochen zu werden pflegen, konnte man jedesmal die erstaunlichste Unkenntnis wahrnehmen. Aufklärungen über Irrtümer stießen bei den „Belesensten“ auf Widerspruch; und wer hat denn gleich immer eine Verfassung in der Tasche! Man kann in Deutschland eine ganze Reihe von Ortschaften durchwandern, ohne daß man ein Exemplar der Reichsverfassung aufzutreiben vermöchte. Wenn das nicht zu traurig wäre, müßte man es lächerlich finden. Die Regeln des Stats oder eines andern Lieblingsspiels hat jedermann im Kopfe, die Bestimmungen der Reichsverfassung kennt keiner. So hat man sich gewöhnt, wenn überhaupt über politische Dinge gesprochen wird, zu sprechen und zu streiten, ohne sie nur halb zu verstehn, und auch den einheimischen Staat, wie einen halbfremden, mit dem Auge des Dilettanten zu betrachten. Nur dieser politischen Schlummerucht ist es zuzuschreiben, daß sich in der Regel, wenn kein nationaler Anstoß gegeben ist, die Mehrzahl der Wähler von Schlagworten der oberflächlichsten Art einfangen läßt. Auch die im Laufe der Jahrzehnte gestiegene Beteiligung an den Wahlen ist kein Beweis für eine Zunahme politischer Bildung oder lebhafterer Teilnahme am Staatsleben, sondern allein dafür, daß entweder bloß eingebildete und eingeredete oder wirkliche Notstände empfunden werden. Statt sich aber klarzumachen, was davon unvermeidlich, bloß vorübergehend oder wirklich zu beseitigen ist, rennt man dem nach, der für sich und seine Partei verspricht, alles abzuschaffen, und eine Zukunft in Aussicht stellt, die allen gleiche Rechte und Genüsse, aber keine Pflichten bringen soll.

Dieser betrübende Tiefstand der politischen Bildung ist in den weitesten Kreisen bekannt und wird namentlich zuzeiten der Wahlen immer bitter beklagt. Sobald sie aber vorüber sind, verliert sich die Erregung wieder, und es bleibt alles beim alten. Abzuwarten, bis sich spätere Generationen des deutschen Volks das Nationalbewußtsein im gleichen Maße angewöhnt haben wie die schon länger staatlich geeinten Nationen, erscheint bei der heutigen Weltlage mißlich, und es sind darum schon von verschiedenen Seiten Anregungen gegeben worden, dem offenkundigen Übelstande abzuhelpen. Außer von der Regierung pflegt man nun in Deutschland noch von der Schule alles zu erwarten, und darum kann es keine Verwunderung erregen, daß der Vorschlag gemacht wird, durch den Unterricht die politischen Grundbegriffe und die elementaren Staats- und Verfassungskennntnisse vorzubereiten und dadurch die politische Bildung, das Interesse für das Staatsleben und das politische Verantwortlichkeitsgefühl zu heben. Mit besondrer Wärme hat sich dafür Carl Regenborn in den Grenzboten (1907 IV, 40 und 41) ausgesprochen, und es braucht seinen Ausführungen nichts hinzugefügt zu werden. Ganz in dieselbe Kerbe haut Dr. P. Rühlmann\*) in einer ausführlichen Broschüre, die

\*) Dr. P. Rühlmann, *Politische Bildung, ihr Wesen und ihre Bedeutung, eine Grundfrage unseres öffentlichen Lebens*. 158 Seiten, broschiert 2 Mark 80 Pf. Leipzig, Quelle und Meyer.

in vollkommen sachlicher, umfassender und unparteiischer Behandlung alle dieses Gebiet berührenden grundlegenden Gedanken, praktischen Erwägungen und politischen Erfahrungen im In- und Auslande bespricht. Wem daran gelegen ist, dieser schon weitere Kreise beschäftigenden Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, wird in der gründlichen Arbeit über alle Einzelheiten Aufschluß und Anregung finden und wenig Anlaß haben, sich mit dem Verfasser in Widerspruch zu setzen, da er mit großer Belesenheit eine angenehm berührende (im besten Sinne des Worts) patriotische Gesinnung und volle Unparteilichkeit verbindet. Unter politischer Bildung versteht der Verfasser politisches Denken, das politisches Wissen: Zusammenstellung, Durchdenkung und Beherrschung der sich auf den Staat beziehenden Einzeltatsachen umfaßt und zwei Wesensmomente: ein richtiges Erfassen des jeweiligen politischen Zustandes und einen klaren Blick für das praktisch erreichbare, das politisch mögliche einschließt. Daraus wird sich erst das politische Wollen, d. h. das pflichtgemäße und überzeugte Unterordnen alles Einzelhandelns unter die allbeherrschende Staatsidee entwickeln. „Diese Umbiegung des Patriotismus in Staatsgefühl, politisches Verantwortlichkeitsgefühl ist nur dem möglich, der im nationalen Staate die einzig mögliche Form der Kulturentfaltung sieht, und der vom Glauben an die Zukunft seiner Nation getragen wird.“

Die Notwendigkeit der politischen Bildung ergibt sich aus dem Eintreten des Reichs in die Weltpolitik, aus der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, der Beteiligung des Laienelements an der Rechtspflege und aus dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Trotz der Selbstverständlichkeit der Forderung haben aber der Staat und die amtliche Pädagogik niemals Ernst gemacht mit der politischen Erziehung unsers Volks. Wer in der Masse einen politischen Faktor sieht, vielleicht sogar einen Faktor von großer Bedeutung, für den ist die Notwendigkeit der politischen Erziehung der heranwachsenden Geschlechter absolut gegeben, Sozialdemokratie und Zentrum sorgen bereits auf dem Parte Wege dafür in ihrem Parteiinteresse, während die andern Parteien der Schule die Aufgabe zuweisen wollen, und nach altliberalem Muster eine jungliberale Richtung namentlich in Süddeutschland eingesetzt hat, die die politische Jugenderziehung durch Vereinstätigkeit bewirken will. Demgegenüber müßte der Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, namentlich durch die Schule, die politische Erziehung der heranwachsenden Geschlechter nach besten Kräften fördern, zum mindesten so weit, daß die im nachschul- und nachfortbildungspflichtigen Lebensalter eintretende Parteierziehung nicht mehr in dem Umfange wie jetzt schaden kann. Nur der Staat ist geeignet, durch die über den Parteien stehende Schule eine aller Parteileidenschaft entrückte politische Bildung des deutschen Volks zu garantieren. Von nicht geringem Interesse ist der ausführlich begründete Hinweis darauf, daß unsre Presse nicht geeignet ist, die politische Bildung zu fördern. „Die Presse, namentlich in ihrer modernsten Form, wirkt nur segensreich, wenn sie ein politisch erzogenes Volk lieft.“ Bei dem ver-

gleichenden Hinweis auf die überlegene Haltung der englischen Presse scheint nicht genügend betont zu sein, daß wir infolge der politischen Zersplitterung in Deutschland eigentlich keine führenden Zeitungen besitzen. Fast alle, auch umfangreiche deutsche Blätter reichen mit ihrem Leserkreis und damit ihrem Einfluß kaum über den Marktbereich des Erscheinungsorts hinaus. Ebenso mißlich steht es mit der politischen Bildung durch das Vereinswesen. Die Militärvereine halten wohl die nationale Form der Kultur hoch, den Turnvereinen ist ein politisch-schulender Zug nicht abzuspreehen, der Kolonial- und der Flottenverein, der Allgemeine deutsche Schulverein und der Ostmarkenverein haben einen fast sichtbaren Einfluß auf den Umschwung unsers politischen Denkens ausgeübt, aber alle vermögen nicht eine systematische Durchdenkung der gesamten innern und äußern politischen Lage des deutschen Vaterlands zu geben, die uns heute sehr nottut. Diese kann nur durch die ernste Arbeit der Schule erreicht werden. Der Verfasser erklärt sich entschieden gegen die Zulassung der Jugend zu den politischen Versammlungen und Vereinen im neuen Vereinsgesetz.

Sehr lesenswert ist das sechste Kapitel, das die geschichtlichen Versuche der politischen Unterweisung durch die Schule behandelt. Ausgehend von der Staatsauffassung der Alten, wo schon der römische Knabe die Zwölftafelgesetze auswendig wissen mußte, bespricht der Verfasser ausführlich die Bestrebungen der neuern Zeit bis zu dem Erlaß des Kaisers vom 1. Mai 1889. Mit anerkennenswerter Offenheit wird ausgeführt, daß aus dieser Anregung wenig wurde, weil man damals und in den folgenden Jahren aus den verschiedensten Beweggründen gegen den Monarchen frondieren wollte, der Bismarck entlassen hatte und absolutistischer Neigungen verdächtigt wurde. So ist der heutige Stand der Sache der, „daß der Staat bis jetzt noch nicht den mannhaften Versuch einer politischen Schulung des Volks schlechtthin gemacht hat, wohl aber in einzelpolitischen Nöten die Schule um Hilfe angegangen hat, zum Teil mit Erfolg“. Raum ohne Widerspruch werden die Darlegungen des folgenden Abschnitts hingenommen werden, der eine Apologetik des Versuchs enthält und mit dem Ergebnis schließt: „Trotz gewisser Schwierigkeiten, die nicht zu verkennen sind, bestehen also weder grundsätzliche noch methodische Einwände, die eine Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts widerrieten.“ Übergehend zu praktischen Vorschlägen gibt der Verfasser zu, daß von einer sofortigen Einführung abgesehen werden müsse, „da die erforderlichen, hierzu befähigten Lehrkräfte fehlen und eine Einführung ohne diese Grundlage der guten Sache mehr schaden als nützen würde“. Für die Universitäten ist die Einführung eines Kollegs über Politik, Rücksichtnahme auf den gewollten Zweck bei den historischen, geographischen und juristischen Vorlesungen nötig, und der Verfasser hält es für möglich und nützlich, eine besondere Lehrbefähigung für Staatslehre zu erwerben. Ferner ist eine Umgestaltung des Lehrplans für die Mittelschulen und Seminare geboten. Für die eigentliche Volksschulzeit bis zum vierzehnten Lebensjahre kommt eine systematische Staatslehre zunächst kaum in Frage, wohl aber für die

Fortbildungsschule, und der Verfasser weist dabei nachdrücklich auf die vom Münchner Stadtschulrat Dr. Kerschsteiner, dem auch das Buch gewidmet ist, mit Erfolg betriebnen Arbeiten hin. Besondern Wert legt er ferner auf ein geeignetes Lehrmittel, ein volkstümliches politisches Lehrbuch, wie es schon Thering gewünscht hat. In der weitverbreiteten Deutschen Bürgerkunde von Hoffmann und Groth besitzen wir übrigens schon ein wertvolles Hilfsmittel.

Der Verfasser gibt bescheiden zu, daß er hier nur allgemeine Richtlinien geben will und von der öffentlichen Besprechung und von praktischen Versuchen noch manchen fruchtbaren Gedanken erwartet. Diesem Zweck dient auch das Schlußkapitel mit seinem Überblick über die Schweiz und Frankreich, wo der Unterricht in der Staatskunde bereits besteht. Diese gedrängte Angabe der leitenden Gedanken erschöpft den reichen Inhalt des Buchs bei weitem nicht, das eine eingehende Beachtung durch jeden, der sich für die auf der Tagesordnung stehende Frage interessiert, verdient, schon darum, weil es den vielfach nur gelegentlich oder von Sonderstandpunkten aus berührten Gegenstand gründlich und von allen Seiten durchspricht. Die Hingebung, mit der sich der Verfasser seiner Aufgabe widmet, ist unzweifelhaft eines guten Erfolgs sicher. Erfrischend wirkt die Ungeschminktheit, mit der gewisse Wahrheiten ausgesprochen werden und einzelnen landläufigen Irrtümern entgegengetreten wird. So der Hinweis, daß weder das mathematisch-naturwissenschaftliche Denken noch die einseitigphilologische Ausbildung, ebensowenig die theologisierende Richtung, von welchen Gesichtspunkten aus das deutsche Schulwesen beeinflusst zu werden pflegt, der politischen Bildung günstig sind. Nur zu wahr ist ferner der Ausspruch: „Man lebt eben des Glaubens, Deutschland sei und bleibe für alle Zeiten das klassische Land der Schulen, niemals werde der Tag kommen, der Deutschlands Überflügelung in Schuldingen sieht.“ Hier möge nachdrücklich die Hoffnung ausgesprochen werden, daß niemals der Tag kommen möge, an dem unsre Nachkommen bedauern müßten, daß bei allen Bestrebungen und Kämpfen für Schulreform als leitende Ideen wohl Humanismus, Realismus und Religion in Betracht gekommen sind, das Ziel einer vaterländischen Erziehung aber nicht an die Spitze gestellt worden ist. Man gibt sich eben in Deutschland noch vielfachen Täuschungen hin. Die Schlacht bei Königgrätz soll ja auch noch immer durch den Schulmeister gewonnen worden sein, während davon doch nur so viel richtig ist, daß die allgemeine Wehrpflicht in Preußen dem Heere gebildete Elemente zugeführt hatte als den Gegnern. Jetzt ist überall die allgemeine Wehrpflicht nachgeahmt und dadurch der deutschen Armee ein großer Teil der Überlegenheit, die sie 1870 hatte, abgenommen worden. So macht man auch überall unser Schulwesen nach, dessen erprobte Seiten man übernimmt, während man nicht durch die bei uns übliche Verehrung des ehemals Tüchtigen, Hergebrachten abgehalten wird, den Forderungen der neuen Zeit entsprechende Abänderungen einzuführen. Hier liegt ein Gebiet, auf dem wir leicht überflügelt werden können.

Der Verfasser bekennt sich auch zu dem Satze: „Wer die Schule hat, der hat die Zukunft; das vielzitierte Wort gilt besonders auf politischem Gebiete.“ Jetzt hat die deutsche Schule der Partikularismus, und es ist nicht zu wünschen, daß ihm die Zukunft gehöre. Es ist ja nicht mehr so schlimm damit wie vor 1866, wo Treitschke schrieb: „Schlagt sie auf, jene Vaterlandskunden, die für einen großen Teil unsers Volks die Grundlage der historischen Bildung bleiben, und ihr werdet erschrecken vor der langen Reihe falscher Götzen, die sie verherrlichen, vor dem partikularistischen Dünkel, den sie predigen.“ Die Wogen der Geschichte haben davon manches beseitigt, aber noch ist viel nötig, um die Fürstengeschichte jedes Einzelstaats gebührend einzuschränken zum Besten der allgemeinen deutschen Geschichte. In der Gegenwart und wohl noch auf Jahrzehnte hinaus liegt die Gefahr nahe, daß der politische Unterricht nur dem Partikularismus förderlich sein würde. Der Satz von der Beherrschung der Zukunft durch die Schule gilt überhaupt nicht ohne Einschränkung. Der Verfasser betont selbst, daß der Lehrerstand „durch orthodox-theologische Abriechung in ultraliberale Bahnen gedrängt ist“. Ähnliche unbeabsichtigte Gegenwirkungen einer bestimmten Richtungsgebung des Unterrichts ließen sich wohl in größerer Zahl anführen. Hier sei nur ein recht drastisches Beispiel erwähnt. Im benachbarten Österreich hat die sogenannte Konkordatschule den Liberalismus erzeugt, die von diesem eingeführte liberale Schule hat, wie die Gegenwart zeigt, die christlichsoziale und die sozialdemokratische Richtung hervorgebracht. Es gibt eben Zeitströmungen, die auf die Volkserziehung einen viel tiefern Einfluß ausüben als die Schule. Eine der deutschen politischen Bildung am meisten schädliche Strömung ist der Partikularismus, und es wird meist nicht genügend beachtet, welche Stärkung daraus der Ultramontanismus und die Sozialdemokratie ziehen. Glücklicherweise sind aber auch andre Strömungen vorhanden, von denen für die Zukunft viel zu erwarten ist. Aus den Schwankungen der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren tritt eine erfreuliche Erscheinung unzweifelhaft hervor: ein sehr reizbares Gefühl für die Ehre des deutschen Namens ist in der Seele unsers Volks rege. Das hat sich bei der Chinaexpedition und während des Aufstands in Südwesafrika in ganz anderm Maße gezeigt, als in der gedruckten öffentlichen Meinung zum Vorschein gekommen ist. Die letzten Reichstagswahlen haben die Quittung darüber gegeben. Auch die Zeppeleinbegeisterung ist auf demselben Boden gewachsen. Auf ihm muß auch die politische Bildung durch die Schule emporblühn, sonst würden Sozialdemokratie und Zentrum nur eine weitere Gelegenheit finden, an die neue politische Kenntnis ihre Lehren anzuhängen.

Zum Schluß möge noch ein praktischer Vorschlag gemacht werden, um die geradezu unerträgliche Unkenntnis der Reichsverfassung zu beseitigen. Die Reichsregierung hat nie etwas dafür getan, und der vaterländisch gesinnte Bürger kann sie sich gar nicht verschaffen. Sonderabdrücke haben keinen Zweck, da die wenigen Blätter leicht verloren gehn würden. Man sollte die Reichs-

verfassung — wenn nicht anders, durch Gesetz — in den sogenannten eisernen Bestand der Kalender aufnehmen, damit sie jeder Deutsche zu jeder Zeit zur Hand nehmen kann. Der politischen Bildung und dem Nationalgefühl würde daraus eine beträchtliche Förderung erwachsen.

-v-



## Das jugendliche Verbrechenertum in Frankreich

Von Dr. Johannes Tschiedel in Paris



Die Frage, ob in der neuen Zeit das jugendliche Verbrechenertum wächst, wird, wie man weiß, für Deutschland verschieden beantwortet. Neben Stimmen, die wahren Kassandrarußen über die Verwahrlosung der modernen Jugend gleichen, ertönen andre, die stark beruhigen. Herr von Tschendorff, der bekannte Statistiker im Reichsjustizamt, kommt in einem Artikel in der Deutschen Juristenzeitung zu dem Ergebnis, daß zurzeit eine besonders bedrohliche Entwicklung der Kriminalität der Jugendlichen nicht hervortrete. Dieselbe Meinung sprach jüngst gegenüber alarmierenden Darstellungen der Staatsanwalt Langer aus. Und auch ein Artikel der Frankfurter Zeitung lief auf demselben Gleis. In die leidenschaftliche Erörterung des Problems für deutsche Verhältnisse will ich nicht eingreifen, ich erwähne sie auch nur, um vergleichsweise daran die Bemerkung zu knüpfen, daß in Frankreich das jugendliche Verbrechenertum als die Geißel der neuen Zeit par excellence betrachtet wird. Die meisten Einbrecher, Mörder, Totschläger, Verwandtenmörder sind jetzt ganz junge, grüne Burschen von vierzehn, sechzehn, achtzehn Jahren, so tönt es unausgesetzt in der Presse. Entspricht das der Wirklichkeit?

Albanel, einer der ältesten und bekanntesten französischen Untersuchungsrichter, erklärt, er habe seit fünfzehn Jahren mehrere tausend Jugendliche abzuurteilen gehabt. Er ist der Meinung, daß das jugendliche Verbrechenertum in schreckenerregender Weise wächst. Und man glaubt sich in der Tat zu entsinnen, daß alle schweren Verbrechen der letzten Zeit von Jugendlichen verübt worden waren. Unter den Ursachen will, um das gleich hier zu erwähnen, Albanel schlechte Erziehung nicht gelten lassen. Auf 600 Aktenstücke fand er nur 100 bis 120 Fälle, in denen die Eltern unwürdig waren, ihre Kinder zu erziehen. Und Schwestern und Brüder der Schuldigen waren meist ordentliche Menschen. Ebenso wenig nimmt Albanel Atavismus oder Alkoholismus als besonders treibende Ursachen an. Dagegen beschuldigt er hauptsächlich den schlechten Umgang, das verdorbne Milieu, die Bekanntschaften außerhalb der Familie auf der Straße und in der Schule und das Vagabundentum. Aus einer amtlichen Statistik vom Jahre 1904 geht hervor, daß in den Jahren 1888 bis 1900 in Frankreich die Kriminalität Jugendlicher von jährlich 20 auf 140 stieg, während die Kriminalität der erwachsenen Verbrecher ungefähr auf derselben